



75 Jahre  
Demokratie  
lebendig



Deutscher Bundestag  
Wissenschaftliche Dienste

---

## Dokumentation

---

### Lösungsversuche im Nahostkonflikt seit 1947 Ein Überblick

**Lösungsversuche im Nahostkonflikt seit 1947**

## Ein Überblick

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Aktenzeichen:         | WD 2 - 3000 - 022/24  |
| Abschluss der Arbeit: | 19. April 2024 (zugleich letzter Zugriff auf Internetlinks)   |
| Fachbereich:          | WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe |

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

---

## Inhaltsverzeichnis

|           |  |           |
|-----------|--|-----------|
| <b>1.</b> | <b>Einleitung</b>  | <b>4</b>  |
| <b>2.</b> | <b>Zeittafel wichtiger Ereignisse</b>  | <b>5</b>  |
| <b>3.</b> | <b>Lösungsversuche</b>   | <b>9</b>  |
| 3.1.      | VN-Teilungsplan 1947   | 9         |
| 3.2.      | Rogers-Plan 1969   | 9         |
| 3.3.      | Erster Friedensprozess nach dem Ramadan- bzw. Jom-Kippur-Krieg in den siebziger Jahren       | 9         |
| 3.4.      | Camp-David-Abkommen 1978   | 10        |
| 3.5.      | Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten 1979   | 10        |
| 3.6.      | Friedensplan von US-Präsident Reagan 1982  | 11        |
| 3.7.      | Madrider Friedenskonferenz 1991  | 11        |
| 3.8.      | Oslo-I-Abkommen 1993 („Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“)            | 12        |
| 3.9.      | Gaza-Jericho-Abkommen Mai 1994   | 13        |
| 3.10.     | Friedensvertrag Israel und Jordanien Oktober 1994  | 13        |
| 3.11.     | Oslo-II-Abkommen 1995  | 13        |
| 3.12.     | Hebron Protokoll 1997  | 14        |
| 3.13.     | Wye River-Memorandum 1998  | 15        |
| 3.14.     | Scharm al-Scheich Memorandum 1999  | 15        |
| 3.15.     | Verhandlungen der Regierung Barak mit Syrien 2000  | 16        |
| 3.16.     | Verhandlungen in Camp David 2000   | 16        |
| 3.17.     | Verhandlungen über endgültige Grenzen in Taba 2001   | 17        |
| 3.18.     | Arabische Friedensinitiative und VN-Sicherheitsrats-Resolution 1397 März 2002                | 17        |
| 3.19.     | „Road Map for Peace“ April 2003  | 18        |
| 3.20.     | Genfer Initiative Dezember 2003  | 18        |
| 3.21.     | Die Annapolis-Konferenz 2007 sowie israelische und palästinensische Friedenspläne 2008       | 19        |
| 3.22.     | Friedensplan „Peace to Prosperity“ von Präsident Trump und Abraham Accords 2020              | 19        |
| <b>4.</b> | <b>Auswirkungen innenpolitischer Ereignisse und externer Akteure auf den Friedensprozess</b> | <b>20</b> |
| 4.1.      | Innenpolitische Entwicklungen in den palästinensischen Gebieten                              | 20        |
| 4.2.      | Innenpolitische Entwicklungen in Israel  | 22        |
| 4.3.      | Die Rolle der USA im Nahostkonflikt  | 24        |
| <b>5.</b> | <b>Ausblick</b>  | <b>26</b> |

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Wie die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages bereits in einem vorigen Gutachten feststellten, handelt es sich bei dem **israelisch-palästinensischen Konflikt** „um ein **hochkomplexes, emotional stark belastetes Thema, das weder in seiner historischen Dimension noch in seinen unterschiedlichen Perspektiven in diesem Kontext vertieft** dargestellt werden kann.“<sup>2</sup>

Die vorliegende kommentierte Dokumentation zu den Lösungsversuchen im Nahostkonflikt seit 1947 beschränkt sich deswegen darauf, **wesentliche Verhandlungen, Abkommen und Initiativen zur friedlichen Beilegung des Nahostkonflikts** überblicksartig darzustellen und vertiefende Lesehinweise zu geben, **ohne hierbei einen Anspruch auf Vollständigkeit** zu erheben. Dabei werden sowohl Lösungsversuche zwischen Israel und den Palästinensern als auch zwischen Israel und arabischen Staaten beleuchtet (siehe dazu 3.).<sup>3</sup> Zudem skizziert die Arbeit die Auswirkungen auf den Friedensprozess von innenpolitischen Entwicklungen in Israel und den palästinensischen Gebieten und von externen Akteuren (siehe dazu 4.).

Da die Lösungsversuche ohne Betrachtung des historischen Hintergrunds teils schwer einzuordnen sind, beginnt die Dokumentation mit einer Zeittafel wichtiger Ereignisse in dem Konflikt (siehe dazu 2.). Einen umfangreicheren, aber dennoch komprimierten Einblick in den Nahostkonflikt geben folgende Bücher:

- *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023,
- *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023,
- *Asseburg/Busse*, Der Nahostkonflikt, 10. Aufl. 2024.

Zudem wird auf den historischen Abriss zu Beginn der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „[Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#)“<sup>4</sup> verwiesen.

Abgeschlossen wird die Dokumentation mit einem kurzen Ausblick (siehe dazu 5.).

---

1 Sofern die Hyperlinks in den Fußnoten sich nicht durch Anklicken öffnen lassen, wird empfohlen, die Links zu kopieren und in den Browser einzufügen.

2 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 4 [Hervorhebungen durch Verf.].

3 Einen **umfassenderen Einblick hinsichtlich der Lösungsversuche** gibt das 2017 erschienene Buch „100 Dokumente aus 100 Jahren“ der Nahostexpertin Angelika Timm.

4 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020.

## 2. Zeittafel wichtiger Ereignisse<sup>5</sup>

Die vorliegende Zeittafel gibt einen knappen Überblick über den Nahostkonflikt,<sup>6</sup> der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

- **Ende des 19. Jahrhunderts:** Vermehrte jüdische Migration aus Europa und Russland in das überwiegend arabisch, aber seit 2000 Jahren auch jüdisch besiedelte und zum Osmanischen Reich gehörende Palästina.
- **1897:** Zionistenkongress in der Schweiz mit der Forderung nach einer jüdischen Heimstätte in Palästina.
- **1915/1916:** Schriftverkehr zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten Sir Henry McMahon und dem Scherifen Hussein von Mekka, in dem der Hochkommissar versprach, ein unabhängiges arabisches Reich zu unterstützen, und für einen arabischen Aufstand gegen das Osmanische Reich warb.
- **Mai 1916:** Sykes-Picot-Agreement zwischen Frankreich und Großbritannien, demzufolge u.a. ein Großteil Palästinas unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte.
- **1917:** „Balfour-Deklaration“. Der britische Außenminister Arthur James Balfour stellt in einem Brief an den Zionisten Walter Rothschild „eine eigene Heimstätte“ für das jüdische Volk in Aussicht. (Teilweise werden Großbritanniens sich widersprechende Versprechen als „diplomatisches Doppelspiel“ bezeichnet.)
- **1922:** Völkerbund bestätigt das Mandat Großbritanniens für Palästina. Balfour-Deklaration wird vom Völkerbund zum Teil des Mandates erklärt. Großbritannien ist somit verpflichtet, eine jüdische Heimstätte in Palästina zu unterstützen.
- **1930er/1940er:** Wegen der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten in Deutschland und anderen europäischen Ländern kommt es zu zunehmender jüdischer Einwanderung nach Palästina. Es mehren sich arabische Angriffe auf jüdische Siedlungen und auch gegen die britische Besatzung – insbesondere im Rahmen des Arabischen Aufstands von 1936 bis 1939. Als Reaktion schränkt Großbritannien – trotz der Judenverfolgung – die jüdische Immigration ein. Dies führt zu jüdischen Angriffen gegen die Besatzungsmacht.
- **29. November 1947:** VN-Generalversammlung stimmt auf Grundlage von VN-Resolution 181 (II)<sup>7</sup> (u.a. gegen die Stimmen der arabischen Länder) für die Teilung Palästinas in zwei Staaten und für die Beendigung von Großbritanniens Mandat.

---

5 Diese leicht veränderte Zeittafel stammt ursprünglich aus dem Gutachten [Zum völkerrechtlichen Status von Israel und Palästina im historischen Kontext und zu Israels Beziehungen zu ausgewählten Staaten](#), WD 2 – 3000 – 003/24, 29. Januar 2024 der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages.

Zur Erstellung der Zeittafel wurden folgende Quellen verwendet: *Asseburg/Busse*, Der Nahostkonflikt, 10. Aufl. 2024; *Asseburg*, Palästina und die Palästinenser, 2021; Wissenschaftliche Dienste, [Die Siedlungs- und Wohnungsbaupolitik der israelischen Regierungen seit 1967 in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes und Ost-Jerusalem](#), WD 2 - 3000 - 026/17, 7. Juni 2017; *Wagner*, [Die Hintergründe des Nahostkonflikts – eine Chronologie](#), FAZ, aktualisiert am 21. Oktober 2023; *Müller*, [Konfliktregelungsversuche in Nahost nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses](#), bpb, 28. März 2008.

6 In dieser Zeittafel werden lediglich die letzten 150 Jahre des Nahostkonflikts beleuchtet, zur **vorherigen wechselnden Herrschaft in Palästina**, siehe: *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 7-9.

7 [A/RES/181 \(II\) \(1947\)](#), 29. November 1947.

- **14. Mai 1948:** Ausrufung des israelischen Staates. Daraufhin erklären die umliegenden arabischen Staaten Israel den Krieg. Je nach Lesart wird dieser Krieg als Unabhängigkeitskrieg bzw. „Nakba“ (arabisch für „Katastrophe“) bezeichnet. Aufgrund des Krieges werden etwa 700.000 Palästinenser vertrieben bzw. fliehen.<sup>8</sup> Nach der Staatsgründung Israels wurden zudem fast 900.000 Juden aus den arabischen Staaten vertrieben bzw. flohen.<sup>9</sup>
- **1949:** Waffenstillstand zwischen Israel und Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien, ohne eine Anerkennung des Staates Israels oder seiner Grenzen durch die arabischen Staaten.
- **1956:** „Suez-Krise“/„Trilaterale Aggression“. Israel beteiligt sich am Angriff Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten wegen der Verstaatlichung des Suezkanals.
- **5.-10. Juni 1967:** „Sechs-Tage-Krieg“/„Naksa“ (arabisch für „Rückschlag“). Da sich die Drohungen zur Zerstörung des jüdischen Staates durch die arabischen Anrainerstaaten gemehrt hatten, handelt es sich bei dem von Israel begonnenen Krieg aus israelischer Sicht um einen Präventivkrieg. Israel kann innerhalb weniger Tage große territoriale Gewinne verzeichnen: Der Sinai, die Golanhöhen, das Westjordanland, Ost-Jerusalem und der Gazastreifen werden besetzt. Wenige Wochen nach Kriegsende wird in Ost-Jerusalem israelisches Recht angewandt (*de facto* Annexion).
- **22. November 1967:** Verabschiedung der Resolution 242 (1967) durch den VN-Sicherheitsrat, in der impliziert wird, dass Israel seine Truppen aus den bzw. aus besetzten Gebieten zurückziehen soll. (In der englischen Version wird der Ausdruck „aus besetzten Gebieten“ in der französischen Version „aus den besetzten Gebieten“ genutzt.)<sup>10</sup> Für Israel stellt die am Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges von 1949 zwischen Israel und seinen Nachbarn gezogene Demarkationslinie („Grüne Linie“) keine Grenze dar, sondern eine Waffenstillstandslinie.
- **1968-1970:** sog. Abnutzungskrieg Ägyptens gegen Israel.
- **6. Oktober 1973:** Am jüdischen Feiertag Jom Kippur greifen Ägypten und Syrien Israel militärisch an. Nach dem auf Druck des VN-Sicherheitsrats geschlossenen Waffenstillstand am 24. Oktober folgt ein erster Friedensprozess.
- **1979:** Friedensvertrag mit Ägypten und Verzicht auf (durch Israel besetzte) Territorien zu Gunsten Ägyptens. Ägypten wird daraufhin bis 1989 aus der Arabischen Liga ausgeschlossen.
- **1980:** Knesset verabschiedet ein Gesetz, nach dem Jerusalem (inkl. Ost-Jerusalem) Hauptstadt Israels ist.
- **1981:** *De facto* Annexion der Golanhöhen durch Verabschiedung eines Gesetzes, nach dem auf den Golanhöhen israelisches Recht anzuwenden ist.
- **1982:** Israel greift den Libanon mit dem Ziel an, die von dort agierende *Palestine Liberation Organization* (PLO) zu schwächen.
- **1987:** Gründung der Hamas (einem Ableger der Muslimbruderschaft).

---

8 Für diese **Flüchtlinge** und ihre Nachfahren, die auch als Flüchtlinge gelten, sorgt das UN-Hilfswerk „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“ (UNRWA). Ein etwaiges Rückkehrrecht für diese Flüchtlinge war in Friedensverhandlungen immer wieder eines der kontroversesten Themen, dazu weitestgehend siehe: *Johannsen, Der Nahost-Konflikt*, 5. Aufl. 2023, S. 102-107.

9 Dazu weiterführend: *Grigat, Flucht und Vertreibung von Juden aus den arabischen Ländern*, bpb, 26. November 2020.

10 [S/RES/242 \(1967\)](#), 22. November 1967.

- 
- **15. November 1988:** Palästinensische Unabhängigkeitserklärung und Ausrufung eines palästinensischen Staates in den seit 1967 besetzten Gebieten.
  - **1987-1991:** Erste Intifada. Aufstand gegen die israelische Besetzung in den palästinensischen Gebieten.
  - **1990er Jahre - Osloer Abkommen und Friedensprozess:**
    - **13. September 1993: Oslo-I-Abkommen.** PLO erkennt den Staat Israel an und Israel die PLO als Vertreterin der Palästinenser.
    - **Mai 1994: Gaza-Jericho-Abkommen.** Israel soll sein Militär aus Gaza und Jericho abziehen, und Kompetenzen sollen schrittweise auf die palästinensische Autonomiebehörde (PA) übertragen werden.
    - **Juli 1994:** Arafat und die Mehrheit der Mitglieder der Exil-PLO kehren nach Gaza zurück.
    - **September 1995: Oslo-II-Abkommen.** Der Gazastreifen und das Westjordanland werden in verschiedene Verwaltungszonen aufgeteilt. Im Westjordanland gibt es A-, B- und C-Gebiete. PA übernimmt Selbstverwaltung für den Gaza-Streifen und die A-Gebiete. In B-Gebieten herrscht eine geteilte Verwaltung von Israel und PA. C-Gebiete im Westjordanland, in denen viele israelische Siedler leben, bleiben unter ausschließlicher israelischer Kontrolle.
    - **Ende 1995:** Truppenabzug durch Israel beginnt, aber Zeitplan verzögert sich, insbesondere nachdem der damalige israelische Ministerpräsident Rabin durch einen israelischen Extremisten ermordet wird und 1996 die erste Regierung von Netanjahu an die Macht kommt, die weiterhin eine „Groß-Israel-Ideologie“ vertritt.
    - **1999:** Ministerpräsident Ehud Barak von der Arbeitspartei übernimmt die Regierungsverantwortung, damit sind Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses verbunden. Die Verhandlungen in den Jahren 2000/2001 scheitern jedoch.
  - **2000 - 2005:** Zweite Intifada. Auslöser sind der Besuch des damaligen Oppositionspolitikers Sharon auf dem Jerusalemer Tempelberg im September 2000 und die darauffolgende gewaltsame Niederschlagung palästinensischer Demonstrationen. Innerhalb weniger Monate gehen die zunächst weitgehend friedlichen Proteste in Angriffe/Übergriffe – auch auf die israelische Zivilbevölkerung – über.
  - **März 2002:** Friedensinitiative der Arabischen Liga, in der eine Normalisierung der Beziehung der arabischen Staaten zu Israel im Gegenzug für einen Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, für eine Gründung eines palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und eine Lösung der Flüchtlingsfrage angeboten wird.
  - **Juni 2002:** Israel beginnt, Sperranlagen/Mauern im Westjordanland zu bauen.
  - **11. November 2004:** Tod von Jassir Arafat. Sein Nachfolger Mahmud Abbas von der Fatah verfolgt den Friedensprozess weiter, hat aber weniger Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung als zuvor Arafat.
  - **Januar 2006:** Wahlsieg der radikalen Hamas bei palästinensischen Parlamentswahlen.
  - **2007:** Bürgerkriegsähnliche Zustände im Gaza-Streifen aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas. Ende 2007 kommt es zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern, die durch Präsident Abbas von der Fatah vertreten werden.
  - **Dezember 2008 – Januar 2009:** Militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und Hamas im Gaza-Streifen, die den Tod von circa 1.400 Menschen (überwiegend Palästinensern) zur Folge hatte.
  - **2015:** Palästina tritt dem Internationalen Strafgerichtshof bei.

- **Dezember 2016:** VN-Sicherheitsrat verabschiedet Resolution 2334, in der festgestellt wird, dass die „Errichtung von Siedlungen in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems, durch Israel keine rechtliche Gültigkeit besitzt und einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht und ein ernstes Hindernis für die Herbeiführung der Zwei-Staaten-Lösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens“<sup>11</sup> darstelle.
- **März 2017:** Israel erlaubt nach 20 Jahren erstmals wieder neue Siedlungen jüdischer Siedler im Westjordanland.
- **Oktober 2017:** Hamas und Fatah unterschreiben ein Friedensabkommen.
- **Dezember 2017:** US-Präsident Trump erkennt Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Infolgedessen lehnt Präsident Abbas amerikanische Friedenspläne als parteiisch ab.
- **Dezember 2022:** Eine in Teilen rechtsextreme Regierungskoalition unter Premierminister Netanjahu kommt an die Macht.
- **Oktober 2023:** Massaker der Hamas an israelischen Zivilisten auf israelischem Territorium. Circa 1.200 Menschen werden getötet und etwa 240 weitere als Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt. Israel antwortet mit einer Invasion des Gaza-Streifens.
- **25. März 2024:** Der VN-Sicherheitsrat verabschiedet bei Enthaltung der USA Resolution 2728, mit der eine sofortige Waffenruhe („ceasefire“) sowie die Freilassung aller Geiseln gefordert wird.<sup>12</sup>
- **April 2024:** Nach Angaben der VN, die die Zahlen des Palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza und der UNRWA wiedergeben, seien über 33.000 palästinensische Zivilisten und Kämpfer getötet worden, circa 1,7 Millionen Palästinenser (75 Prozent der Gesamtbevölkerung von Gaza) seien zu Binnenvertriebenen geworden und rund 1,1 Millionen Palästinenser würden voraussichtlich von einer extremen Ernährungsunsicherheit betroffen (Stand: 5. April 2024).<sup>13</sup> Der Times of Israel zufolge seien seit dem 7. Oktober insgesamt 604 israelische Soldaten, Reservisten und Sicherheitsbeamte getötet worden, davon 260 während der Bodenoffensive im Gazastreifen (Stand: 7. April 2024).<sup>14</sup> Derzeit werden noch circa 130 der am 7. Oktober entführten Geiseln vermisst, 34 von ihnen sind mutmaßlich tot.<sup>15</sup> Zudem gibt es derzeit etwa 120.000 binnenvertriebene/evakuierte Israelis, die wegen des Raketenbeschusses der Hamas aus dem Süden umgesiedelt bzw. wegen des Beschusses durch die Hisbollah und andere Terrorgruppen aus dem Norden evakuiert wurden.<sup>16</sup>

---

11 [S/RES/2334 \(2016\)](#), 23. Dezember 2016.

12 [S/RES/2728 \(2024\)](#), 25. März 2024.

13 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, [Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 181](#), 5. April 2024.

14 *Fabian*, [Four soldiers killed fighting in southern Gaza as war on Hamas hits six-month mark](#), The Times of Israel, 7. April 2024.

15 BBC, [Hamas hostages: Stories of the people taken from Israel](#), 6. April 2024.

16 *Lidor/Fabian*, [Army okays return to many communities near Gaza, including some where Hamas attacked](#), The Times of Israel, 22. Februar 2024.



### 3. Lösungsversuche

#### 3.1. VN-Teilungsplan 1947

Der **Teilungsplan** der Vereinten Nationen (VN) wurde am **29. November 1947 von der Generalversammlung als (nicht rechtsverbindliche) Resolution 181 (II)** gegen die Stimmen der arabischen Staaten verabschiedet. Das Ziel war es, die Zukunft Palästinas nach dem Ende des britischen Mandats festzulegen. Das Land sollte zwischen einem unabhängigen jüdischen und einem arabischen Staat aufgeteilt werden, wobei Jerusalem eine internationale Zone werden sollte.<sup>17</sup> **Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen.<sup>18</sup> Am darauffolgenden Tag griffen Ägypten, Irak, Syrien, Libanon und Transjordanien Israel an.** Im Sommer 1949 wurden Waffenstillstandsabkommen geschlossen, und Palästina wurde zwischen Israel, Ägypten und Jordanien aufgeteilt.<sup>19</sup> Die Resolution 181 (II) wurde somit nie umgesetzt.

#### 3.2. Rogers-Plan 1969

Der sogenannte „Rogers-Plan“ des US-amerikanischen Außenministers William P. Rogers aus dem Jahr 1969 hatte die Beendigung des arabisch-israelischen Konflikts zum Ziel, der auch nach Ende des Sechs-Tage-Kriegs in Form eines gewaltsamen Abnutzungskrieges zwischen Israel und Ägypten fortgeführt wurde. Der Plan sah u.a. eine Einigung zwischen Israel und Ägypten bezüglich des Zeitpunkts und der Modalitäten des Rückzugs der israelischen Truppen aus den 1967 eroberten ägyptischen Gebieten vor. Darüber hinaus sollte ein Friedensvertrag zwischen den Parteien geschlossen werden, der die Festlegung der Grenze zwischen Ägypten und Israel beinhaltete, die innerhalb der früheren internationalen Grenze zwischen Ägypten und dem Mandatsgebiet Palästina verlaufen sollte. Zudem sollte die freie Navigation durch den Suezkanal für alle Länder (inklusive Israel) erlaubt werden.<sup>20</sup> **Der Plan wurde jedoch von allen beteiligten Parteien – inklusive der in die Verhandlungen eingebundenen Sowjetunion – abgelehnt.<sup>21</sup>**

#### 3.3. Erster Friedensprozess nach dem Ramadan- bzw. Jom-Kippur-Krieg in den siebziger Jahren

Nach Ende des Ramadan- bzw. Jom-Kippur-Kriegs 1973 begann ein erster Friedensprozess zwischen Israel und den arabischen Staaten. Auf der im Dezember 1973 unter Vermittlung der USA

---

17 [A/RES/181 \(II\)](#), 29. November 1947.

18 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 19.

19 *Bickerten/W. A. Khalidi/R. I. Khalidi*, [History of Palestine – Civil war in Palestine](#), Britannica, 17. März 2024.

20 *Blanga*, [Full effort to avoid peace: the failure of the first Rogers plan](#), in: Middle Eastern Studies, Vol. 54 Nr. 6 (2018), S. 981-999 (985).

21 Dazu weiterführend: *Tessler*, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 447 f.

und Sowjetunion durchgeführten Genfer Friedenskonferenz trafen Israel und die arabischen Staaten nach vielen Jahren zum ersten Mal direkt aufeinander, **kamen jedoch zu keiner Einigung.**<sup>22</sup> 1974 schlossen Israel und Ägypten sowie Israel und Syrien Truppenentflechtungsabkommen.<sup>23</sup>

Der Nahostforscher Shibley Telhami argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die **USA** aufgrund des auf den Ramadan- bzw. Jom-Kippur-Krieg folgenden Ölembargos **ein großes (ökonomisches) Eigeninteresse hatten, dass der arabisch-israelische Konflikt beigelegt** wird.<sup>24</sup>

### 3.4. Camp-David-Abkommen 1978

Am 17. September 1978 unterzeichneten der **ägyptische Präsident Anwar as-Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin** unter der Schirmherrschaft der USA **das Camp-David-Abkommen**. Ziel des Abkommens war es, zwei der bestehenden regionalen Probleme zu lösen: Primär sollte unter Bezugnahme auf die VN-Sicherheitsresolution 242 (siehe dazu 2.) „Frieden im Nahen Osten“ erreicht werden.<sup>25</sup> Zu diesem Zweck sollten Verhandlungen zwischen Ägypten, Jordanien, Israel und Vertretern des palästinensischen Volkes angestrebt werden, um die Zukunft des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu regeln und letztlich eine Autonomie für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten zu erreichen.<sup>26</sup> Als zweites Ziel stand ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag im Fokus. Letztendlich führte das Abkommen **lediglich zu einem Frieden zwischen Israel und Ägypten** sowie zur Festlegung einer ägyptisch-israelischen Staatsgrenze. **Es trug jedoch weder zu einem dauerhaften Frieden in der gesamten Region bei, noch wurden Fortschritte im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern erzielt.**<sup>27</sup>

### 3.5. Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten 1979

Der im Camp-David-Abkommen vorgesehene **Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten**<sup>28</sup> wurde am **26. März 1979 vom israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin, dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat und US-Präsidenten Jimmy Carter als Zeugen** unterzeichnet. Nach fünf Kriegen innerhalb von dreißig Jahren zwischen Israel und verschiedenen arabischen

---

22 Böhme/Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 52 f.

23 Asseburg/Busse, Der Nahostkonflikt, 10. Aufl. 2024, S. 28.

24 Telhami, [The History of the Arab-Israeli Peace Process](#), Foreign Policy Research Institute, Januar 2015; auch Europa hatte aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölembargos ein Interesse daran, dass dieses beendet wurde.

25 Timm (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 246.

26 Böhme/Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 54.

27 Timm (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 246.

28 UN Peacemaker, [Peace Treaty Between the State of Israel and the Arab Republic of Egypt](#).

Staaten war dies der erste Friedensvertrag zwischen einem arabischen Land und Israel.<sup>29</sup> Israel zog aufgrund der vertraglichen Regelungen seine Truppen vom Sinai ab, indes wurde Ägypten wegen des Friedensschlusses bis 1989 aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Zudem wurde **Präsident as-Sadat 1981 aufgrund seiner Rolle beim Abschluss des Friedensvertrages von Jihadisten erschossen**.<sup>30</sup> Dem Vertrag folgte jahrzehntelang ein stabiler, wenn auch als „**kalter Frieden**“ bezeichneter Zustand.<sup>31</sup> Aufgrund des Gaza-Krieges sind die Beziehungen derzeit jedoch sehr angespannt. Als Antwort auf die Ankündigung Israels, die an Ägypten grenzende Stadt Rafah anzugreifen, drohte Ägypten mit der Aussetzung des Vertrages. Allerdings stellte der ägyptische Außenminister bereits kurz nach dieser Drohung klar, dass Ägypten den Vertrag einhalten werde, solange Israel dies ebenfalls tue.<sup>32</sup>

### 3.6. Friedensplan von US-Präsident Reagan 1982

Präsident Reagan präsentierte am 1. September 1982 seinen Friedensplan für den Nahen Osten. Er unterstützte eine „**volle Autonomie**“ der Palästinenser, jedoch **keinen palästinensischen Staat**. Die Wissenschaftlichen Dienste erläuterten im Gutachten mit dem Titel „Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt“ aus dem Jahr 2020 hierzu:

„[Präsident Reagan] empfahl die Assoziierung der palästinensischen Gebiete mit Jordanien und sprach sich erneut für das Prinzip „Land gegen Frieden“ aus. [...] Die israelische Regierung, die über diesen neuen Kompromissvorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika nicht zuvor unterrichtet worden war, lehnte diesen mit der Begründung ab, dass er den Sicherheitsinteressen ihres Landes widerspräche. Auch bei der PLO-Führung fand der Plan keine Akzeptanz, da sie weiterhin das Ziel der Schaffung eines palästinensischen Staates verfolgte und nicht bereit war, US-amerikanische Vermittlungsversuche zu unterstützen.“<sup>33</sup>

### 3.7. Madrider Friedenskonferenz 1991

Die Madrider Friedenskonferenz wurde vom 30. Oktober bis zum 2. November 1991 von Spanien ausgerichtet und unter Führung der USA und der Sowjetunion abgehalten. Israel, der Libanon, Syrien und Jordanien nahmen an den Verhandlungen teil, wobei der jordanischen Delegation

---

29 Winter, [Israel-Egypt peace treaty has stood the test of time over 45 years: expert explains its significance](#), The Conversation, 15. Februar 2024.

30 bpb, [Israel und Ägypten: Ein Frieden auf Umwegen](#), 22. März 2019.

31 Yaari, [Israeli-Egyptian Peace: Forty Years After the 1973 War and Holding](#), The Washington Institute for Near East Policy, 2. Oktober 2013.

32 Roll, [Ice Age for the 'Cold Peace' between Egypt and Israel](#), SWP Comment Nr. 10, März 2024, S. 1.

33 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 13 f.

auch Palästinenser aus den besetzten Gebieten angehörten. Die PLO war nicht vertreten. Die Resolutionen 242 und 339 des VN-Sicherheitsrates sowie die Camp David-Vereinbarungen waren die Ausgangspunkte der Verhandlungen. **Es gab jedoch keine nennenswerten Fortschritte auf bilateraler und multilateraler Ebene**, insbesondere da sich keine Lösung für den künftigen Status des Westjordanlandes und des Gazastreifens andeutete.<sup>34</sup>

### 3.8. Oslo-I-Abkommen 1993 („Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“)<sup>35</sup>

Zum Oslo-I-Abkommen<sup>36</sup> im Jahr 1991 führten die Wissenschaftlichen Dienste im Gutachten zum Thema „Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt“ aus:

„Der Nahost-Friedensprozess gewann neue Dynamik durch die Aufnahme geheimer Gespräche von Vertretern Israels und der PLO unter Vermittlung des norwegischen Außenministers Holst in Norwegen von Januar bis August 1993. Diese führten zur **Vereinbarung eines Grundsatzdokuments („Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“)**, die am 13. September 1993 in Washington D.C. vom israelischen Außenminister Peres und PLO-Vertreter Mahmud Abbas im Beisein von US-Präsident Clinton unterzeichnet wurde. Als wichtige Voraussetzung für die friedliche Beilegung des Konflikts wurde die Absprache mit der gegenseitigen Anerkennung von Israel und der PLO verknüpft. Vor dem Weißen Haus in Washington reichten Jassir Arafat und Jizchak Rabin einander symbolhaft die Hände. **Die Prinzipienerklärung („Oslo I“) enthielt keine konkreten Festlegungen für den Friedensschluss.** Sie beinhaltete lediglich eine Rahmenvereinbarung bzw. einen Zeitplan für [...] auf Ausgleich gerichtete Schritte. Es handelte sich um eine Einigung über grundlegende Gestaltungsprinzipien für eine **Übergangsperiode**, deren Einzelheiten aber noch der Klärung bedurften. Die Anhänge I-IV bestanden u.a. aus Protokollen über die Durchführung von Wahlen in den palästinensischen Gebieten, über den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen und aus Jericho. **Das Novum lag vielmehr darin, dass es zu direkten Verhandlungen zwischen zwei Konfliktparteien – ohne US-amerikanische Vermittlung – gekommen war**, die sich jahrzehntelang wechselseitig die Existenzberechtigung abgesprochen hatten. **Israel erkannte erstmals die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an** und nahm damit offiziell das palästinensische Volk als Konfliktpartei zur Kenntnis. Der Palästinakonflikt wurde von israelischer Seite insoweit nicht mehr als Minderheitenproblem einer arabischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen behandelt.“<sup>37</sup>

---

34 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 15; *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 351.

35 Für eine detaillierte **Chronologie des Oslo-Prozesses** siehe: Frontline, Timeline: [How the Israeli-Palestinian Peace Process Fell Apart in the Three Decades After the 1993 Oslo Accord](#), 7. November 2023.

36 UN Peacemaker, [Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements \(Oslo Accords\)](#).

37 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, S. 15 f.

### 3.9. Gaza-Jericho-Abkommen Mai 1994<sup>38</sup>

Das sogenannte „Gaza-Jericho-Abkommen“<sup>39</sup> wurde am 4. Mai 1994 in Kairo von Jizchak Rabin und Jassir Arafat fünf Monate später als geplant unterschrieben. **Es war die Basis dafür, dass die israelische Armee Gaza und Jericho verließ und die Verwaltung von den palästinensischen Behörden übernommen wurde.** Es war geplant, während eines fünfjährigen Übergangszeitraums eine graduelle Übertragung administrativer Befugnisse von Israel auf die PA vorzunehmen und ein „Endstatusabkommen“ zu vereinbaren.<sup>40</sup>

### 3.10. Friedensvertrag Israel und Jordanien Oktober 1994

Am 26. Oktober 1994 unterzeichneten der **israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin und der jordanische König Hussein den jordanisch-israelischen Friedensvertrag**<sup>41</sup> und beendeten damit den seit 1948 andauernden Kriegszustand.<sup>42</sup> Der unmittelbare Nutzen des Friedensvertrags für Israel bestand insbesondere in der Sicherheit der längsten Grenze mit einem arabischen Land und damit in der Möglichkeit, die Streitkräfte anderweitig einzusetzen, während für Jordanien die Lösung der Wasserknappheit und Hilfszahlungen der USA bis heute von Bedeutung sind.<sup>43</sup>

### 3.11. Oslo-II-Abkommen 1995

Das Gaza-Jericho-Abkommen wurde durch das „Israelisch-Palästinensische Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen“ vom 28. September 1995, das sogenannte „Oslo-II-Abkommen“<sup>44</sup> (vgl. Art. XXXI Abs. 2 Oslo-II-Abkommen) abgelöst bzw. teilweise in dieses Abkommen inkorporiert.

**„[Das Oslo-II-Abkommen] bildete die rechtliche Grundlage für den Abzug der israelischen Armee aus weiteren städtischen Ballungszentren der 1967 besetzten Gebiete.** Konkrete Festlegungen erfolgten zur Ausweitung der Kompetenzen der Palästinensischen Autonomiebehörde in diesen Gebieten („Zone A“). Die Zone B, die mehr als 400 palästinensische Dörfer und Kleinstädte umfasste,

---

38 Dazu weiterführend: Wissenschaftliche Dienste, Das „Gaza-Jericho-Abkommen“ und der Friedensprozess im Nahen Osten, 86/95, November 1994.

39 UN Peacemaker, [Agreement on the Gaza Strip and the Jericho Area \(Cairo Agreement\)](#).

40 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, S. 16.

41 UN Peacemaker, [Treaty of Peace between the State of Israel and the Hashemite Kingdom of Jordan](#).

42 *Bertsch*, [Als Israel und Jordanien Frieden schlossen](#), Deutschlandfunk, 25. Juli 2014.

43 *Winckler*, [Missed opportunity? Jordan's \[insufficient\] economic dividends from the peace Schiff treaty with Israel](#), in: Middle Eastern Studies, Vol. 57 Nr. 3 (2021), S. 429-442 (432 ff.).

44 UN Peacemaker, [Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip \(Oslo II\)](#).

sollte dagegen in einem längeren Prozess von der israelischen Armee geräumt, zwischenzeitlich jedoch durch palästinensische Polizei und israelische Sicherheitskräfte gemeinsam kontrolliert werden. **Zone A und B erstreckten sich auf etwa 40 Prozent des Westjordanlandes, in dem 95 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben.** Als Zone C (etwa 60 Prozent des Westjordanlandes) wurden Gebiete definiert, die von Israel als sicherheitspolitisch wichtig angesehen wurden und neben unbebautem bzw. wenig bewohntem Land vor allem die israelischen Siedlungen und ihr Umland umfassen. **Von der in den Zonen B und C schrittweise einzuführenden palästinensischen Administration sollten die israelischen Siedlungen und Militärstützpunkte ausgenommen bleiben.**

**Am 4. November 1995 wurde der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin durch einen nationalistisch-religiösen jüdischen Attentäter ermordet.** Dies stellte das „Oslo II-Abkommen“ zunächst nicht in Frage; es wurde durch Rabins Nachfolger, Ministerpräsident Schimon Peres, jedoch letztendlich nicht mehr konsequent weiterverfolgt.<sup>45</sup>

### 3.12. Hebron Protokoll 1997

Zum Hebron-Abkommen<sup>46</sup> erläuterten die Wissenschaftlichen Dienste im Gutachten mit dem Titel „Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt“:

**„Als Teil des Oslo II-Abkommens** kam es auf erheblichen internationalen Druck zu dem sog. **Hebron-Abkommen von 1997** zwischen der palästinensischen Seite und der neuen nationalkonservativen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dieses sah die Übergabe von 80 Prozent des Stadtterritoriums von Hebron an die palästinensische Selbstverwaltung sowie den Rückzug der israelischen Truppen aus diesem Gebiet vor. Damit wurde das letzte Ballungszentrum der „Zone A“ zehn Monate nach dem ursprünglich vereinbarten Termin geräumt. Hebron wurde in die zwei Sektoren H1 und H2 unterteilt. H1 wurde der Aufsicht der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstellt, während H2 weiter unter israelischer Kontrolle verblieb. H2 umfasste u.a. das alte jüdische Stadtviertel und eine Siedlung mit ca. 450 jüdischen Siedler(n)/-innen, die unter dem Schutz der israelischen Armee verblieben. Die politische Bedeutung des „Hebron-Abkommens“ bestand darin, dass **erstmalig in der Geschichte Israels** eine nationalkonservative Regierung bereit war, **Teile des historischen „Erez Jisrael“** (Land Israel, religiös konnotierter Begriff für die Territorien, die als Bestandteil der jüdischen Königreiche zur Zeit des Ersten und Zweiten Tempels – bis 70 u.Z. – gelten) **zu räumen und an die Palästinenser zu übergeben.**“<sup>47</sup>

---

45 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 17.

46 UN Peacemaker, [Protocol Concerning the Redeployment in Hebron](#).

47 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 18.

### 3.13. Wye River-Memorandum 1998

Das sogenannte „Wye River-Memorandum“<sup>48</sup> wurde am 23. Oktober 1998 von Benjamin Netanjahu und Jassir Arafat unterzeichnet und hatte die Umsetzung des Oslo-II-Abkommens zum Inhalt. Es wurde u.a. festgelegt, dass das **israelische Militär aus 13 Prozent des Westjordanlands abziehen sollte sowie weitere 14,2 Prozent der „Zone B“ in die alleinige palästinensische Verwaltung überführt werden sollten**. Darüber hinaus wurde ein Sicherheitsabkommen abgeschlossen, das maßgeblich der Terrorismusbekämpfung dienen sollte. Im November 1998 zog die israelische Regierung im Norden des Westjordanlands das Militär ab und übergab über 400 km<sup>2</sup> in der Zone B der ausschließlichen Kontrolle der PA, setzte die **weitere Implementierung des Abkommens wegen gewaltsamer Zusammenstöße zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften aber aus**.<sup>49</sup>

### 3.14. Scharm al-Scheich Memorandum 1999

Nach der Abwahl von Benjamin Netanjahu im Mai 1999 wurden im September 1999 von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ehud Barak und Jassir Arafat im ägyptischen Scharm al-Scheich ein Abkommen unterschrieben. Durch das Abkommen sollte die Umsetzung des Oslo-I-Abkommens und des Wye River-Memorandums fortgeführt werden.<sup>50</sup>

Israel versprach unter anderem, dass es bis Mitte Januar 2000 einen Truppenabzug aus weiteren etwa elf Prozent des Westjordanlandes durchführen werde. Außerdem war geplant, 348 palästinensische Häftlinge freizulassen, eine „sichere Verbindung“ zwischen Gaza und Hebron herzustellen und bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über den endgültigen Status aufzunehmen. Israel übergab bis zum 21. März 2000 zusätzliche Teile der „Zone B“ an die PA. Zudem wurde ein Teil der auch nach israelischem Recht illegalen Siedlungen geräumt. **Die Endstatus-Verhandlungen, die am 8. November 1999 in Ramallah angingen, kamen jedoch zu keinem Ergebnis**.<sup>51</sup>

---

48 UN Peacemaker, [Wye River Memorandum](#).

49 *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 462.

50 *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 475.

51 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 19; *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 476.



### 3.15. Verhandlungen der Regierung Barak mit Syrien 2000

Nach ihrem Wahlsieg stieg die Regierung Barak in Verhandlungen mit Syrien hinsichtlich eines Friedensvertrags ein. Obwohl **zunächst große Fortschritte erzielt wurden, scheiterten die Verhandlungen im März 2000** daran, dass Israel nicht gewillt war, in der Grenzfrage Syrien einen Zugang zum See Genezareth zu gewähren.<sup>52</sup>

### 3.16. Verhandlungen in Camp David 2000

Die Verhandlungen in Camp David im Juli 2000 über Endstatusfragen zwischen der Regierung Barak und der PLO, vertreten durch Jassir Arafat, unter der Vermittlung von Präsident Clinton standen **innenpolitisch unter keinen guten Voraussetzungen**. Die Regierung Barak hatte nur noch eine knappe Mehrheit im Parlament, Arafat sah sich einer zunehmend frustrierten palästinensischen Bevölkerung gegenüber, und Clinton verfügte aufgrund des nahen Endes seiner zweiten und letzten Amtszeit über wenig politisches Kapital.<sup>53</sup> **Eine Einigung konnte trotz eines israelischen Angebots, welches weitreichender war als alle vorherigen Angebote, letztlich nicht erzielt werden. Insbesondere umstritten waren die Fragen eines zusammenhängenden palästinensischen Staatsgebiets sowie des Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge.**<sup>54</sup> Da **keine Protokolle der Verhandlungen** vorliegen, sind die Einzelheiten der Verhandlungen stark umstritten.<sup>55</sup> Noch **umstrittener** ist die Frage, **wer die Verantwortung am Scheitern der Verhandlungen trägt:**

„Während die palästinensische Seite Israel vorwarf, noch immer nicht bereit zu sein für die Aufgabe der besetzten Gebiete, wie es die relevanten Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates verlangten, erklärten die israelischen Teilnehmer, die palästinensische Führung hätte sich als unfähig erwiesen, Partner im Friedensprozess zu sein, als sie die israelischen Vorschläge ablehnte, ohne eigene auf den Tisch zu legen. Das Diktum Ehud Baraks vom fehlenden Partner auf der anderen Seite wurde in Israel zum geflügelten Wort auch zur Erklärung späterer gescheiterter Verhandlungsrunden.“<sup>56</sup>

Kurze Zeit nach dem **Abbruch der Verhandlungen** brach im Herbst 2000 nach dem Besuch Ariel Sharons auf dem Tempelberg die **Zweite Intifada** aus.

---

52 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 79.

53 *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 483.

54 *Asseburg/Busse*, Der Nahostkonflikt, 10. Aufl. 2024, S. 37; Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 19 f..

55 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 80; siehe auch *Tessler*, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 802.

56 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 57; **Weiterführend zum (Historiker)streit, wer die Schuld am Scheitern der Verhandlungen trägt:** *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 80 ff.; *Tessler*, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 802, 805 ff.



### 3.17. Verhandlungen über endgültige Grenzen in Taba 2001

Im **Januar 2001 fanden trotz der andauernden Zweiten Intifada erneut Endstatusverhandlungen** im ägyptischen Taba statt. Nahostexpertin Timm fasst sie wie folgt zusammen:

„Der vom israelischen Team vorgelegte Plan sah eine Annexion von sechs Prozent des Westjordanlandes (80 Prozent der jüdischen Siedler) und einen Gebietsaustausch von maximal drei Prozent der Territorien vor [...]. Im palästinensischen Gegenvorschlag wurden der Angliederung von 3,1 Prozent des Westjordanlands an Israel bei vollständigem Gebietsaustausch zugestimmt und die Garantie eines Korridors zwischen Westjordanland und Gazastreifen gefordert [...]. Beide Seiten verständigten sich darüber, Jerusalem als Hauptstadt zweier Staaten zu betrachten – West-Jerusalem (Jeruschlajim) als Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem (Al-Quds) als Hauptstadt Palästinas.“<sup>57</sup>

Nach der **Abwahl der Regierung Barak im Februar 2001 und dem Amtsantritt von Ministerpräsident Ariel Sharon (Likud) konnten keine Kompromisse** mehr gefunden werden.<sup>58</sup>

### 3.18. Arabische Friedensinitiative und VN-Sicherheitsrats-Resolution 1397 März 2002

Mit der arabischen Friedensinitiative vom März 2002 boten die Staaten der **Arabischen Liga**<sup>59</sup> eine **Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel im Gegenzug für einen Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 und der Gründung eines palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt** an. Zudem sollten **Flüchtlinge ein Rückkehrrecht** erhalten.<sup>60</sup> Die Initiative wurde trotz der eskalierenden Gewalt (palästinensische Terroranschläge und Wiederbesetzung von seit 1995 der PA unterstellten Städten durch das israelische Militär<sup>61</sup>) von der PA unterstützt. Die **israelische Regierung** machte hingegen deutlich, dass sie **weder in der Flüchtlingsfrage noch hinsichtlich der Grenzen von 1967 einlenken werde**.<sup>62</sup>

---

57 Timm (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 493.

58 Wissenschaftliche Dienste, [Ansätze/Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung im Israelisch-Palästinensischen Konflikt](#), WD 2 - 3000 - 020/20, 27. März 2020, S. 20; dazu weiterführend: Tessler, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 816 f.

59 Dazu weiterführend siehe Britannica, [Arab League](#), 29. März 2024.

60 Birk/Bawadi, [Bedeutung und Wandel der Arabischen Friedensinitiative](#), APuZ, 19. Februar 2010.

61 Dazu weiterführend: Tessler, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 824.

62 Timm (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 547 f.

Am 12. März 2002 verabschiedete der **VN-Sicherheitsrat die Resolution 1397**, in der er sich für ein **Ende der Gewalt sowie für die Schaffung einer Zwei-Staaten-Lösung aussprach**.<sup>63</sup> Die Gewalteskalation dauerte jedoch weiter an. Im Juni 2002 begann Israel die Konstruktion einer **Speranlage**, um das Eindringen von Terroristen aus dem Westjordanland nach Israel zu verhindern.<sup>64</sup>

### 3.19. „Road Map for Peace“ April 2003

Im April 2003 stellte das damals sogenannte „Nahost-Quartett“, bestehend aus den VN, der EU, den USA und der Russischen Föderation, die „Road Map for Peace“ vor. Die „Road Map“ zielte darauf ab, eine „Zwei-Staaten-Regelung“ zu schaffen. Der PA-Vorsitzende Mahmud Abbas, der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon und US-Präsident George W. Bush erklärten sich am 4. Juni 2003 auf einem Gipfeltreffen im jordanischen Akaba bereit, den Plan umzusetzen. Mit der **Resolution 1515** vom 19. November 2003 **befürwortete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die „Road Map“**. Trotzdem konnte **der Friedensprozess aufgrund der während der andauernden Zweiten Intifada eskalierenden Gewalt nicht wiederbelebt** werden. Am 15. September 2004 verkündete Ariel Scharon, dass die „Road Map“ von seiner Regierung nicht weiter unterstützt werde.<sup>65</sup>

### 3.20. Genfer Initiative Dezember 2003

Angeführt von Yossi Beilin, dem ehemaligen israelischen Justizminister, und Yasser Abed Rabbo, dem ehemaligen palästinensischen Kommunikationsminister, verhandelten **zivilgesellschaftliche Delegationen aus Israel und den palästinensischen Gebieten** Ende des Jahres ein Dokument, das als „Genfer Initiative“ bekannt wurde. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Rahmen der Zweiten Intifada war es das Ziel beider Delegationen, eine Alternative zur gewaltsamen Konfrontation anzubieten. Die Initiative sah eine **Zwei-Staaten-Lösung vor, bei der fast das gesamte Westjordanland sowie der Gaza-Streifen palästinensisches Gebiet** werden sollte. Zudem sollten die beiden Gebiete durch einen Korridor verbunden werden.<sup>66</sup>

Die Genfer Initiative war **keine offizielle Regierungspolitik Israels oder Arafats**. In der Weltöffentlichkeit fand die Initiative jedoch ein großes Echo.<sup>67</sup>

---

63 [S/RES/1397 \(2002\)](#), 12. März 2002.

64 *Tessler*, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, 2. Aufl. 2009, S. 824 f.

65 *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 570.

66 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 101.

67 *Timm* (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 580.

### 3.21. Die Annapolis-Konferenz 2007 sowie israelische und palästinensische Friedenspläne 2008

Nach dem Wahlsieg der radikal-islamischen Hamas 2006<sup>68</sup> trafen sich Präsident Mahmud Abbas, der der Fatah angehört, und Israels Ministerpräsident Ehud Olmert im November 2007 auf Einladung von US-Präsident George W. Bush im US-amerikanischen Annapolis. Die durch das Wahlergebnis gestärkte Hamas war nicht vertreten. Ziel war es, einen Prozess anzustoßen, an dessen Schluss ein Endstatusabkommen stehen sollte.

Im September 2008 legte Olmert einen Friedensplan vor, der sich durch die bisher weitreichendsten Zugeständnisse Israels auszeichnete. Der palästinensische Gegenvorschlag wies jedoch hinsichtlich der Grenzziehung große Unterschiede zum israelischen auf. Eine Einigung konnte deswegen und auch wegen innenpolitischer Entwicklungen in Israel nicht erzielt werden.<sup>69</sup>

### 3.22. Friedensplan „Peace to Prosperity“ von Präsident Trump und Abraham Accords 2020

Anfang 2020 stellte US-Präsident Trump in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Netanjahu einen Friedensplan für den Nahostkonflikt vor. **Palästinensische Vertreter waren nicht eingeladen.** Der Plan sah zwar eine Zwei-Staaten-Lösung vor, jedoch sollten alle israelischen Siedlungen und das Jordantal von Israel annektiert werden. Der Plan gestand den Palästinensern nur ein zerstückeltes Territorium zu. Er spiegelte den Nahostexperten *Böhme* und *Sterzing* zufolge damit „**fast vollständig die Positionen der rechtsnationalistischen israelischen Regierung**“<sup>70</sup> wider. Dementsprechend hatte der Plan kaum Erfolgchancen.<sup>71</sup>

Zudem wurden unter der Vermittlung von US-Präsident Trump die sogenannten „**Abraham Accords**“ geschlossen. Dabei handelt es sich um bilaterale Erklärungen von Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko bzw. Bahrain aus dem Jahr 2020 mit dem Ziel der Normalisierung der Beziehungen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Im Jahr 2021 gab der Sudan zudem eine Erklärung ab, in der er die bereits erzielten Fortschritte bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarn in der Region nach den Grundsätzen der Abraham Accords begrüßte.<sup>72</sup> Den USA dürfte es bei dieser diplomatischen Initiative vorrangig um die weitere Isolierung Irans im Nahen Osten gegangen sein. Eine Folge war jedoch auch, dass **weitere arabische Staaten als Voraussetzung für die Normalisierung ihrer Beziehungen**

---

68 Dazu weiterführend: Müller, [Konfliktregelungsversuche in Nahost nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses](#), bpb, 28. März 2008.

69 Dazu weiterführend: Timm (Hrsg.), 100 Dokumente aus 100 Jahren, 2017, S. 632 ff.; Schiff, The ‚Annapolis Process‘: a chronology of failure, in: Israel Affairs, 19 (4) (2013), S. 660-678.

70 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 171.

71 Siehe auch, DW, [Trump reveals Israeli-Palestinian peace plan](#), 28. Januar 2020.

72 U.S. Department of State, [Abraham Accords](#), Declaration Sudan.

gen mit Israel nicht mehr auf eine Lösung der Palästinenserfrage bestanden. Dies war für die Palästinenser ein herber Rückschlag.<sup>73</sup> Die Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten, die sich nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 wieder verschlechtert haben,<sup>74</sup> unterliegen einer eigenen Dynamik, die ihrerseits vom strukturellen Dauerkonflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran stark beeinflusst ist. So unterstützten Jordanien und Saudi-Arabien Israel bei der Abwehr des Angriffs durch den Iran.<sup>75</sup>

#### 4. Auswirkungen innenpolitischer Ereignisse und externer Akteure auf den Friedensprozess

Wie an verschiedenen Stellen im Gutachten bereits angerissen worden ist, wurde der Nahostfriedensprozess durch innenpolitische Ereignisse und Entscheidungen in Israel sowie in den palästinensischen Gebieten beeinflusst. Zudem haben auch externe Akteure – insbesondere die USA –, einen gewissen Einfluss auf die Entwicklungen ausgeübt. Welche Ereignisse und Akteure genau welchen Einfluss hatten, ist schwer zu messen und wird regelmäßig von den verschiedenen Konfliktparteien sehr unterschiedlich interpretiert. Dennoch soll im Folgenden kurz **anhand einiger Beispiele** erläutert werden, wie **innenpolitische Entwicklungen in Israel** (siehe 4.1.) sowie den **palästinensischen Gebieten** (siehe 4.2.) einen Einfluss auf den Nahostkonflikt genommen haben, ohne dabei auf alle bedeutsamen Entwicklungen eingehen zu können. Im Fokus der beleuchteten innenpolitischen Entwicklungen werden die **radikalen Gruppierungen** innerhalb der israelischen und palästinensischen Gesellschaft stehen, da **diese – zumindest einem Erklärungsansatz zufolge – für das Scheitern des Friedensprozesses verantwortlich sind.**<sup>76</sup>

Anschließend wird die **Rolle der USA** knapp illustriert (siehe 4.3.). Für einen Überblick über die verschiedenen Akteure (Israel, Palästinenser, USA, Arabische Staaten, EU, VN) sei zudem auf die Seiten 117 bis 190 in Margret Johannsens Buch „Der Nahost-Konflikt“ verwiesen (siehe auch 1.).

##### 4.1. Innenpolitische Entwicklungen in den palästinensischen Gebieten

In den 1970er Jahren fanden die Friedensverhandlungen vornehmlich zwischen Israel und den arabischen Staaten ohne Vertreter der palästinensischen Bevölkerung aus dem Westjordanland

---

73 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 174.

74 Arab News, [Israel evacuates staff from embassy in Egypt](#), 19. Oktober 2023; *Al-Khalidi*, [Jordan recalls envoy in Israel over Gaza bombardment](#), Reuters, 1. November 2023; Aljazeera, [Bahrain recalls ambassador from Israel amid escalating assault on Gaza](#), 2. November 2023.

75 Schneider, [Warum auch arabische Staaten Israel helfen](#), zdf heute, 15. April 2004.

76 **Konkurrierende Erklärungsansätze** stellen hinsichtlich des Scheiterns des Friedensprozesses die Machtasymmetrie zwischen Israel und Palästinensern oder die Machtkalkulationen der Führungen in den Vordergrund, siehe *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 59.

und Gaza statt (siehe dazu 3.4.). Die **PLO**<sup>77</sup> war 1964 gegründet worden. Zunächst lehnte sie das Existenzrecht des Staates Israel ab und verschrieb sich dem bewaffneten Kampf. In den darauffolgenden Jahren machten unter dem Dach der PLO agierende palästinensische Terrororganisationen durch Terrorattentate (wie die Ermordung israelischer Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 in München) und Flugzeugentführungen auf sich aufmerksam. Kurz nach Beginn der Ersten Intifada rief die PLO 1988 den palästinensischen Staat in den Gebieten des VN-Teilungsplans von 1947 aus und erkannte spätestens damit implizit den israelischen Staat an. Während der Ersten Intifada (1987-1991) wurde die **radikal-islamistische Hamas, die für die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auch auf dem israelischen Staatsgebiet eintrat**, zunehmend zu einer **wichtigen Kraft** in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die PLO wurde indessen u.a. aufgrund ihrer Unterstützung für Saddam Hussein während des Kuwaitkriegs von verschiedenen arabischen Geldgebern gemieden und sah sich so gezwungen, nach alternativen Geldgebern im Westen zu suchen.<sup>78</sup> Auch diese Schwäche der PLO hat den Beginn des Oslo-Prozesses erleichtert.

Als außerparlamentarische Opposition, die lange Zeit nicht an den palästinensischen Wahlen teilnahm und sich nicht dem Gewaltverzicht der PLO anschloss, konnte die **Hamas von der Frustration der palästinensischen Bevölkerung mit dem Oslo-Prozess profitieren** und nutzte Terrorattentate, um die PLO und den Friedensprozess zu schwächen.<sup>79</sup>

**Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses und dem Ausbruch der Zweiten Intifada stieg die Popularität der Hamas weiter an.** Dies lag auch daran, dass in der **PLO-Führungsriege Vetternwirtschaft, Korruption und ein autoritärer Führungsstil** herrschten. 2002 eskalierte die Gewalt zunehmend. Die Hamas verübte zahlreiche Selbstmordattentate auf israelische Zivilisten, die in der palästinensischen Bevölkerung oftmals Zustimmung fanden. Darauf folgten rigide israelische Besetzungsmethoden (u.a. Tötung mutmaßlicher Attentäter unter Inkaufnahme ziviler Opfer und Zerstörungen ihrer Häuser, rigide Ausgangssperren, Abriegelung von Gebieten).<sup>80</sup>

Kurze Zeit später begann die Hamas, sich als politische Partei zu betätigen. **Die Hamas gewann die Kommunalwahlen Ende 2005, und bei den Wahlen zum Legislativrat 2006 erhielt sie die absolute Mehrheit.**<sup>81</sup> Aufgrund ihrer andauernden Bereitschaft zum bewaffneten Kampf gegen Israel versagten die USA und die europäischen Staaten der Hamas Finanzhilfen. **Der Machtkampf zwischen Hamas und der zur PLO gehörenden Fatah**, die aufgrund der Anfang 2005 gewonnenen Präsidentschaftswahl den Präsidenten stellte<sup>82</sup>, gipfelte **2007 in bürgerkriegsähnlichen Zustän-**

---

77 Weiterführend **zur PLO: Böhme/Sterzing**, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 46 ff.

78 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 63 f.; *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 130, 44 f.

79 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 131.

80 *Böhme/Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 92 f.

81 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 131.

82 Konrad-Adenauer-Stiftung, [Demokratische Premiere: Präsidentschaftswahlen in Palästina](#), 21. Januar 2005.

**den.** Infolgedessen erlangte die Hamas Kontrolle über den Gazastreifen und den dortigen Sicherheitsapparat, während die PLO unter Präsident Abbas im Westjordanland eine Notstandsregierung ohne Beteiligung der Hamas ausrief.<sup>83</sup> **Wahlen haben seitdem weder im Gazastreifen noch im Westjordanland stattgefunden.**<sup>84</sup> Bereits kurz nach den Kommunalwahlen 2005 machte Israel deutlich, dass ein Friedensprozess nicht möglich sei, sollte die Hamas die dominierende Kraft in der palästinensischen Politik werden.<sup>85</sup> Spätestens mit den grausamen Attentaten vom 7. Oktober 2023 hat die Hamas ihre Ablehnung des Friedensprozess eindrücklich unter Beweis gestellt.

#### 4.2. Innenpolitische Entwicklungen in Israel

Die israelische Politik ist, wie bereits unter 3. punktuell dargestellt, durch Annäherungen und Ablehnungen des Friedensprozesses geprägt. Tendenziell waren sozialdemokratische Regierungen dem Friedensprozess gegenüber offener eingestellt als solche aus dem konservativ-rechten Lager. Genau wie sich auf der palästinensischen Seite extremistische Kräfte dem Friedensprozess entgegenstellen, lehnten und lehnen insbesondere die **radikalen Teile der Siedlerbewegung**<sup>86</sup> jegliche Aufgabe von Territorien ab. Ihre Ideologie speist sich aus einem **nationalreligiösen Verständnis des Judentums, nach dem die palästinensischen Gebiete gottgegebenes jüdisches Kernland** seien.<sup>87</sup> Dieses radikale Lager widersetzt sich jedem Versuch, die im Sechs-Tage-Krieg eroberten Gebiete wieder an die Palästinenser zu übergeben. Dies erlebte insbesondere Ministerpräsident Jitzchak Rabin, der mit dem Oslo II-Abkommen die erfolgversprechendsten Friedensverhandlungen seit 1948 geführt hatte und von diesem Lager als Verräter und „SS-Mann“ verunglimpft wurde.<sup>88</sup> Mit Siedlern verbündete Rabbiner wiesen Soldaten an, den Befehl zur Räumung jüdischer Siedlungen im Westjordanland zu verweigern.<sup>89</sup> **Im November 1995 wurde Rabin von**

---

83 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 135.

84 *Kitzler*, [Was bewirkt der Regierungswechsel in Ramallah?](#), Tagesschau, 27. März 2024; dazu weiterführend: *Backhaus*, [Ohne Rückhalt an der Macht](#), Zeit, 6. Mai 2021.

85 Deutsche Welle, [Radikale Hamas gewinnt Wahlen - Abbas unter Druck](#), 16. Dezember 2005.

86 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 118; Weiterführend zur **Siedlerbewegung und Siedlungspolitik**: *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 88-95; Süddeutsche Zeitung, [Was man über die israelischen Siedlungen wissen sollte](#), 15. Februar 2017; Deutschlandfunk, [Wie die Siedlerbewegung ins Zentrum von Israels Politik rückte](#), 8. November 2023; zur **nach der herrschenden Meinung völkerrechtlichen Illegalität der Siedlungen** siehe: Wissenschaftliche Dienste, Die Siedlungs- und Wohnungsbaupolitik der israelischen Regierungen seit 1967 in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes und Ost-Jerusalem, WD 2 - 3000 - 026/17, 7. Juni 2017.

87 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 118 f.

88 *Böhme und Sterzing*, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, 9. Aufl. 2023, S. 76.

89 *Baumgart-Ochse*, Protestbewegung nahe der Macht, in: Schwarz-Boenneke (Hrsg.), Israel im Auge des Sturms, 2013, S. 35 – 49 (43).



**einem Attentäter aus dem religiös-nationalistischen Lager ermordet.** Erst ein Jahr zuvor hatte ein jüdischer Siedler in Hebron 29 betende Muslime erschossen.<sup>90</sup>

Die ersten Siedlungen wurden im Rahmen des Allon-Plans von 1967 errichtet.<sup>91</sup> Diese Siedlungen sollten nach dem Sechs-Tage-Krieg die Sicherheit der Grenzen gewährleisten und konnten zudem als „Pfand, das [Israel] im Tausch für die Anerkennung seines Existenzrechts und seiner Sicherheit anbieten konnte“<sup>92</sup>, genutzt werden. Nach dem Jom-Kippur- bzw. Ramadan-Krieg gründete sich **1974 der Gush Emunim (Block der Getreuen), eine Gruppe ultra-nationalistischer Religiöser**, deren Ziel die Inbesitznahme und Besiedlung der besetzten palästinensischen Gebiete war.<sup>93</sup> Mit den Wahlen von 1977 wurde die Arbeitspartei von einer bürgerlichen, rechts-nationalen Regierung unter Premierminister Menachem Begin von der Likud-Partei abgelöst.<sup>94</sup> Ab 1977 legalisierte die Likud-Partei bereits bestehende, zunächst nicht genehmigte Siedlungen und förderte den Bau weiterer Siedlungen.<sup>95</sup> Der Politologin Margret Johannsen zufolge habe das **Siedlungskonzept der Likud darauf abgezielt, sicherzustellen, dass kein „zusammenhängender, lebensfähiger Staat Palästina entsteht.“**<sup>96</sup>

Die Interessen der Siedler werden im Parlament durch Teile der Likud-Partei und kleinere nationalreligiöse Parteien vertreten. Die israelische Parteienlandschaft ist stark fragmentiert, gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht mit einer **niedrigen Sperrklausel**. Dies hat zur Folge, dass größere Parteien grundsätzlich Koalitionen eingehen müssen und **kleinere, oft ultra-nationalistische Parteien einen überproportionalen Einfluss auf die Regierung** haben. Seit den Wahlen 2022 sind sechs der 30 Minister Teil des rechtsextremen Siedlerblocks „Religiöser Zionismus“. Auch wurde erstmals in einem israelischen Koalitionsvertrag das „exklusive und unbestreitbare Recht auf Teile des Landes“ einschließlich Judäa und Samaria, welche im Westjordanland liegen, festgeschrieben.<sup>97</sup> Im März 2023 wurde ein Gesetz zur Räumung von Siedlungen aus dem Jahr 2005 aufgehoben, und eine rechtsnationale Politikerin rief umgehend zur Wiederbesiedlung der zuvor aufgegebenen Siedlungen auf.<sup>98</sup>

---

90 Baumgart-Ochse, Protestbewegung nahe der Macht, in: Schwarz-Boenneke (Hrsg.), Israel im Auge des Sturms, 2013, S. 35 – 49 (43).

91 Shehadeh, From Occupation to Interim Accords: Israel and the Palestinian Territories, 1997, S. 3.

92 Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 27.

93 Baumgart-Ochse, Protestbewegung nahe der Macht, in: Schwarz-Boenneke (Hrsg.), Israel im Auge des Sturms, 2013, S. 35 – 49 (42); Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 118 f.

94 The National Library of Israel, [1977 Elections – Core Issues](#).

95 Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 119.

96 Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 90.

97 Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 94, 122 ff.

98 Segador, [Israel kippt Gesetz zur Siedlungsräumung](#), Tagesschau, 21. März. 2023.

Auch wenn die religiösen Siedler einen biblischen Anspruch auf die palästinensischen Gebiete erheben, sind sie nicht allein für das Anwachsen der Siedlungen im Westjordanland verantwortlich. Der **große Zustrom an Siedlern** setzte erst ein, als die israelische Regierung unter Führung der Likud Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre **durchschnittliche Bürger mit Steuervergünstigungen und der Aussicht auf ein Haus im Grünen als Siedler anlockte**.<sup>99</sup> Mit dem Regierungswechsel 2022 hat der Ausbau der Siedlungen erneut zugenommen. In den ersten Monaten des Jahres 2023 genehmigte die Regierung 7.000 neue Wohnungen, fast so viele wie in den beiden Vorjahren zusammen.<sup>100</sup> Ganz unabhängig von der Frage ihrer Angemessenheit oder Notwendigkeit, dürften die israelische Bombardierung und Invasion des Gazastreifens als Antwort auf das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023, die nach Beobachtungen nicht nur von Menschenrechtsorganisationen zu einer humanitären Katastrophe<sup>101</sup> führen, neben der Siedlungspolitik und Siedlergewalt auch dazu beitragen, dass die palästinensische Zivilbevölkerung sich (weiter) radikalisiert und einem Friedensprozess ablehnend gegenüber steht .

#### 4.3. Die Rolle der USA im Nahostkonflikt<sup>102</sup>

Die USA hat in der Vergangenheit eine herausragende Rolle im Nahostkonflikt gespielt, und die US-Außenpolitik in Bezug auf Israel war häufig ein wichtiges Thema im US-amerikanischen Wahlkampf. Dem US-amerikanischen Politologen Gregory Mahler zufolge hat dies verschiedene Gründe<sup>103</sup>:

- Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die USA die Gründung eines israelischen Staates insbesondere auch aufgrund des Horrors des Genozids an den Juden Europas.<sup>104</sup>
- Die USA fühlen sich Israel aufgrund der Tatsache, dass es die **einzige echte Demokratie im Nahen Osten** ist, besonders verbunden.
- **Während des Kalten Krieges** teilte Israel die Positionen der USA und wurde der **wichtigste Verbündete der USA in der Region**,<sup>105</sup> die, wie der Historiker Rolf Steininger in diesem Zusammenhang anmerkt, zwei Drittel der weltweiten Ölvorkommen hat und somit

---

99 *Shehadeh*, From Occupation to Interim Accords: Israel and the Palestinian Territories, 1997, S. 5; *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 120.

100 Tagesschau.de, [Israel genehmigt neue Siedlerwohnungen](#), 24. Februar 2023.

101 Amnesty International, „[Menschengemachte Humanitäre Katastrophe](#)“, 26. Dezember 2023.

102 Für eine **ausführliche Befassung mit der Rolle der USA** siehe *Steininger*, Die USA, Israel und der Nahe Osten, 2022; *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011.

103 *Mahler*, The Arab-Israeli Conflict, 2. Aufl. 2019, S. 18 f.

104 So auch *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 30.

105 Dazu weiterführend: *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 23 ff.



von besonderer geostrategischer Bedeutung ist.<sup>106</sup> Der Historiker Mike Lukasch verweist allerdings in diesem Zusammenhang darauf, dass die US-amerikanische Unterstützung Israels gerade aufgrund der Ölreserven in den arabischen Staaten und des Interesses der USA am Zugang zu den Ölvorkommen in den USA von der Öllobby kritisch gesehen wurde.<sup>107</sup>

- Sowohl **jüdische als auch pro-israelische christliche Lobbygruppen sind in den USA sehr stark** und setzen die Unterstützung Israels regelmäßig auf die politische Agenda.<sup>108</sup>

Folglich ist es wenig verwunderlich, dass US-amerikanische Präsidenten immer wieder versucht haben, den Nahostfriedensprozess in Gang zu setzen. Da nach Ende des Kalten Krieges die Vereinigten Staaten zudem die einzig verbliebene Supermacht waren, konnten sich die Akteure schwerer den amerikanischen Friedensbemühungen entziehen.<sup>109</sup> Aufgrund der US-amerikanischen Nähe zu Israel, die als „**special relationship**“<sup>110</sup> bezeichnet wird, sahen und sehen sich die USA teilweise mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Vermittlerrolle nicht komplett unvoreingenommen auszufüllen.<sup>111</sup> Johannsen zufolge akzeptierten die Palästinenser dies lange, da „allein die USA in der Lage sind, Israel ein Friedensabkommen zu Konditionen abzuverlangen, die sie als die schwächere der Konfliktparteien nicht allein würden durchsetzen können.“<sup>112</sup> Diese Sichtweise der Palästinenser änderte sich jedoch unter Präsident Trump, der eine stark pro-israelische Außenpolitik betrieb (siehe dazu auch 3.22.). Dies führte dazu, dass nach der Anerkennung von Jerusalem als israelische Hauptstadt unter Präsident Trump der palästinensische Präsident Abbas eine US-amerikanische Vermittlung als parteiisch ablehnte.<sup>113</sup> Unter Präsident Biden versuchten sich die USA politisch sowie militärisch aus dem Nahen Osten zurückziehen. Doch nach dem 7. Oktober 2023 sahen sie sich gezwungen, ihr Engagement zu intensivieren. Dem Politologen

---

106 *Steininger*, Die USA, Israel und der Nahe Osten, 2022, S. 16.

107 *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 29.

108 Dazu weiterführend: *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 29 ff.

109 Vgl. *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 46; siehe auch *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 43 und *Kaim*, [Die Rückkehr der USA in den Nahen Osten](#), Spiegel, 24. Oktober 2023.

110 *Lukasch*, Zwischen Hoffnung und Scheitern, Die USA und der Nahostfriedensprozess 1997-2005, 2011, S. 45, Johannsen zufolge garantieren die USA im Rahmen dieser „**special relationship**“ im Falle einer existentiellen Bedrohung für die Sicherheit Israels einzustehen (*Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 168).

111 *Krell*, Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report 14/2004, S. V.

112 *Johannsen*, Der Nahost-Konflikt, 5. Aufl. 2023, S. 172.

113 *Asseburg/Busse*, Der Nahostkonflikt, 10. Aufl. 2024, S. 122.

Markus Kaim zufolge sind die USA immer noch das einzige Land, das im Nahostkonflikt den Friedensprozess voranbringen kann.<sup>114</sup>

Dass bislang trotz des wiederholten US-amerikanischen Engagements kein Frieden zwischen Israel und Palästinensern möglich war, begründet Johannsen wie folgt:

„Zusammenfassend sind drei Prinzipien erkennbar, denen die USA in ihrem Engagement im israelisch-palästinensischen Konflikt folgen: Erstens wollen sie den Frieden nicht stärker wünschen als die Konfliktparteien selbst; zweitens können und wollen sie den Parteien keine Lösung aufzwingen, und drittens bestehen sie darauf, dass dauerhafte Fortschritte nur durch direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zu erreichen seien.“<sup>115</sup>

## 5. Ausblick

Vor dem Hintergrund des von der Hamas auf israelischem Boden verübten Massakers vom 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden israelischen Invasion im Gazastreifen scheint es kurz- und mittelfristig kaum möglich, an einen Friedensprozess zu denken. Jedoch waren auch vor dem 7. Oktober 2023 die israelische und palästinensische Gesellschaft weit von einem Friedensprozess entfernt. Die Nahostexperten Muriel Asseburg und Jan Busse fassen zusammen:

„Die Entwicklungen seit der Zweiten Intifada haben auf beiden Seiten die gesellschaftlichen Kräfte, die eine Friedenslösung befürworten, nachhaltig geschwächt und das Vertrauen in die andere Seite zerstört. Mittlerweile sprechen beide Bevölkerungen der anderen Seite nicht nur den Friedenswillen, sondern auch die Friedensfähigkeit ab. Eine Zweistaatenregelung wird damit immer unwahrscheinlicher, während sich die Einstaatenrealität mit ungleichen Rechten zunehmend verfestigt. [...] Mit dem von der rechts-religiösen Netanjahu-Regierung [...] formulierten exklusiven Anspruch auf das gesamte Land zwischen Mittelmeer und Jordan fällt der Konflikt nun zurück in die Zeit vor Oslo – und damit in eine existenzielle Auseinandersetzung um das gesamte ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina.“<sup>116</sup>

Neueren Umfragen zufolge gibt es in der palästinensischen Bevölkerung keine Mehrheit für einen dauerhaften Frieden mit Israel.<sup>117</sup> Bei den Israelis ist die Skepsis hinsichtlich einer Zwei-Staaten-

---

114 Dazu weiterführend: *Kaim, Die Rückkehr der USA in den Nahen Osten*, Spiegel, 24. Oktober 2023; andere Autoren sehen auch die **arabischen Staaten in einer Führungsrolle**, siehe z.B. *Murciano, Der 7. Oktober als Wendepunkt?*, bpb, 15. März 2024.

115 *Johannsen, Der Nahost-Konflikt*, 5. Aufl. 2023, S. 175.

116 *Asseburg/Busse, Der Nahostkonflikt*, 10. Aufl. 2024, S. 117 f.

117 *Pollock/Cleveland, What Do Palestinians Want?*, *The Washington Institute for Near East Policy*, 23. Juli 2021.

Lösung gewachsen.<sup>118</sup> Ob langfristig Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung wieder aufgenommen werden, ist derzeit kaum vorauszusagen. Manch ein Nahostexperte zeigt sich bezüglich dennoch vorsichtig optimistisch.<sup>119</sup>

\* \* \*

---

118 Evans/Austin, [Israelis have grown more skeptical of a two-state solution](#), Pew Research Center, 26. September 2023.

119 Melzer, [Die Chance in der Krise](#), IPG, 13. März 2024.